

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinung wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärzeitung Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abnehmer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Vororten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen im Briefe über Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpalene Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die halbpalene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage undentlich geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mtl. das Laufen, auswärts Postgebühr. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 132

Dienstag, den 11. November 1930

32. Jahrg.

Die Aufgaben der Außenpolitik.

Die deutsche Außenpolitik der ersten Nachkriegsjahre mußte darauf gerichtet sein, die Vorschriften des Versailler Vertrages, soweit sie nach bestimmten Fristen erfüllt werden mußten, in ihrer Bedeutung abzuschwächen. Das war die Zeit des fändigen Notenwechsels über Abrüstungsfragen, die Zeit der Volksabstimmungen in den östlichen und nördlichen Grenzgebieten. Als man einen gewissen Stand der Stabilität erreicht hatte — dazuwischen lag noch das Kapitel des Ruhrkrieges —, begann die nächste Aufgabe: die äußere Wiederherstellung der deutschen Großmachtpolitik. Deutschland war aus dem Völkerbund als ein Staat zweiter Ordnung ausgeschlossen, Deutschland hatte einen fremden Finanzherrscher im Lande, auf deutschem Gebiet standen fremde Truppen als ein äußeres Symbol für die Verminderung der deutschen Souveränitätsrechte. Am Ende dieses Abschnittes der deutschen Außenpolitik waren alle äußeren Hindernisse für die deutsche Großmachtpolitik überwunden. Deutschland gehörte nicht nur dem Völkerbund an, es hat wie alle anderen Großmächte einen fändigen Sitz im Völkerbund, das Vize des Reparationsrates mit seinen Spezialkräften für die Deutsche Reichsbahn, für die Reichspost, für die Zölle und Verbrauchssteuern ist verschwunden, und verschwunden sind auch die letzten Besatzungstruppen aus dem Rheinland.

Man hatte am Schluß dieses Abschnittes der deutschen Außenpolitik geteilt die Reden, die im Reichstage oder bei den internationalen Zusammenkünften gehalten wurden, das Gefühl, als seien die Ziele der deutschen Außenpolitik nun erreicht und als lüchte man nach einer Neuorientierung, die neue Ziele fäuffellen müßten. Aber die Debatte, die im Inn- und Auslande während der letzten Wochen stattfand, zeigt, daß diese Ziele sich nun leicht gegeben haben und erreichen müßten. Auf die äußere Sicherung der deutschen Großmachtpolitik muß jetzt die innere Befestigung dieser Großmachtpolitik folgen. Seit zwölf Jahren steht die deutsche Außenpolitik unter der Karole der Revision. Aber diese Karole wurde stillschweigend von allen Seiten anerkannt, sie wurde kaum jemals deutlich aus gesprochen. Erst seit Deutschlands Großmachtpolitik äußerlich gesichert ist, kann man die jahrelang stillschweigend anerkannte Karole auch öffentlich erwähnen. Aus dem Kreis um Stresemann ist zur Verteidigung der amtlichen deutschen Außenpolitik das Wort gefallen: „Deutschland kann so lange keine selbständige Außenpolitik treiben, wie fremde Truppen auf deutschem Boden stehen.“ Dieses Wort befestigt sich jetzt, kaum ein Vierteljahr nach dem Abzug der Besatzungstruppen, durch die Tatsache, daß eine selbständige deutsche Außenpolitik sich auf die Erreichung von drei Zielen einteilt. Diese drei Ziele sind nicht nur in Deutschland genannt worden, sie tauchen nicht weniger deutlich auch in der ausländischen Presse auf. Zunächst wird das Problem der Reparationen, das ja auch nach der Haager Regelung noch belastet ist mit politischen Nachfragen, eine so weitgehende wirtschaftliche Lösung erfahren müßten, daß die Reparationszahlungen eine rein kommerzielle Angelegenheit werden, die nicht mehr ein Hindernis für die privatwirtschaftliche Betätigung ist. Man hat daneben das Ziel, Deutschland attk in die Abrüstungsdebatte einzufassen und, wenn nicht eine Parität der Abrüstung, so doch eine Angleichung zu erreichen. Und man hat darüber hinaus besonders in der ausländischen Presse sehr deutlich das Ziel einer friedlichen Korrektur der Grenzgebung des Versailler Vertrages genannt.

It dieser neue außenpolitische Abschnitt die logische Fortsetzung der vorangegangenen Kapitel, so gilt für ihn ebenso wie für die Vergangenheit, daß allein eine vorfichtige abwägende Taktik Aussicht auf Erfolg hat. Die radikale Karole: Aufrüstung statt Abrüstung zu fordern, würde — um ein Beispiel zu nehmen — Deutschland die Revision des Youngplans verbauen, weil Reparationszahlungen wie Rüstungen fäuffellen Geldfragen sind. Und diese radikale Karole würde die amerikanische Zusammenkunft in der Abrüstungsfrage auch in anderer Hinsicht fruchtlos tragen kann. Der preussische Finanzminister Höpfer-Wißhoff hat sich eben in einer Rede für eine aktive Außenpolitik und die Revision des Youngplans eingesetzt, aber er hat vor dem Appell an die Gewalt gewarnt und gemahnt, daß Deutschland erst seine eigenen Angelegenheiten in Ordnung bringen müßte. Das entspricht dem Grundsatz, daß man eine Konfliktlösung der Außenpolitik nur durch einen innerlich konsolidierten Staat erreichen kann, und damit ergibt sich der logische Zusammenhang zwischen der Innenpolitik dieser letzten Wochen und Monate und der Außenpolitik der nächsten Zukunft.

Die Einsparungen für 1930.

Eine Zusammenfassung.

Berlin, 8. November.

Nach langwierigen Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Reichsverbänden ist es nunmehr gelungen, eine Einigung über diejenigen Einsparungen im Reichshaushalt herbeizuführen, die noch in diesem Etatsjahr zur Durchführung gelangen. Es handelt sich dabei um insgesamt 134 Millionen. Aus der jetzt vorliegenden Zusammenfassung geht hervor, daß der größte Teil der Summe beim Reichsarbeitsministerium eingespart werden ist, und zwar 34,7 Millionen. Es folgt die Allgemeine Finanzverwaltung mit 16 Millionen, das Reichswehrministerium mit 15 Millionen, der Haushalt für Verforgung und Ansehgehälter mit 14 Millionen, der Kriegslastenhaushalt mit 12,7 Millionen, das Reichsfinanzministerium mit 12,2 Millionen. Beim Reichsinneministerium wurden rund 6 Millionen, beim Reichsverkehrsministerium 5 Millionen, beim Auswärtigen Amt 1,9 Millionen eingespart.

Ueber die Einsparungen im einzelnen ist mitzuteilen, daß der Fonds des Reichsanzlers für repräsentative Aufwendungen noch um 10.000 Mark gekürzt worden ist. Die Reisekosten im Auswärtigen Amt wurden um 100.000 Mark vermindert. Der Fonds für das Nachrichtenwesen im Auslande wurde um rund 160.000 Mark, der zur Pflege künftiger Beziehungen zum Auslande um 162.000 Mark und der Fonds für das deutsche Schulwesen im Ausland um 140.000 Mark gekürzt. Größere Fondstürzungen fanden auch im Etat des Innenministeriums statt, und zwar kam die Unterstützung für das Pflharmonische Orchester in Höhe von 120.000 Mark ganz in Wegfall. Der Fonds zur Förderung kulturell gemeinnütziger Einrichtungen und Vereinigungen wurde um mehr als die Hälfte, nämlich um 270.000 Mark gekürzt. 230.000 Mark wurden weniger an Erziehungsbefehlen gezahlt und 150.000 Mark weniger für das Turn- und Sportwesen. Für die Bekämpfung des Alkoholismus wurden 800.000 Mark weniger in Ansatz gebracht. Für die stufenweise Wirtschaftsbefehle wurden 600.000 Mark weniger gezahlt, und zur Unterstützung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschtums 180.000 Mark weniger. Der im Reichsverkehrsministerium ausgesetzene Beitrag zur Hebung der Wirtschaftskraft in Höhe von 500.000 Mark wurde um 250.000 Mark gekürzt.

Die größten Kürzungen fanden im Haushalt des Arbeitsministeriums statt, und zwar 3,6 Millionen für den Vertrieb von Berührungsmarkten, 6,9 Millionen bei der Auszahlung von Renten, der 15-Millionen-Fonds für die Familienwohngelände wurde um 9 Millionen gekürzt. Der Wohnungsfürsorgefonds in Höhe von 12,5 Millionen um 6 Millionen. Auch die für die Kleinrentner zur Verfügung stehenden 40 Millionen mußten um 5 Millionen gekürzt werden.

Im Reichsernährungsministerium wurde der Etatetat für bäuerliche Wirtschaftsförderung u. a. um 500.000 Mark vermindert. Der Anteil für landwirtschaftliche Betriebsumstellung in Höhe von 18,5 Millionen um 5,9 Millionen. Zur Förderung der Schlachtdiermärkte konnten nicht 6, sondern nur 5 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Im Haushalt für Verforgung und Ansehgehälter waren 63 Millionen für die Kapitalabfindung angefordert worden. Dieser Betrag wurde um 14 Millionen gekürzt. Im Haushalt der Reichsschuld wurde der Betrag von 71 Millionen zur Gewährung von Vorkursrenten um 2,75 Millionen gekürzt. Im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung ist der vorgesehene Betrag von 13 Millionen, der zur Durchführung eines Gelehes über die Abrechnung zwischen Reich und Ländern über die schwebenden Entschuldigungs- und Aufwertaugensprüche dienen sollte, gatt gelassen. Im Kriegslastenhaushalt wurden bei den angeforderten 53 Millionen für Belagungs- und Räumungskosten 5 Millionen gekürzt. Die für Frachterleichterung zur Durchführung der Hilfslei angeforderten 12 Millionen wurden um 1 Million, die angeforderten 37 Millionen zur Erleichterung kommunaler Bauten um 3 Millionen, die angeforderten 11 Millionen für die Zinsverbilligung um 1 Million gekürzt.

Die Landwirtschaftskammern fordern.

Erweiterung des Ostfließgesetzes.

Berlin, 8. November.

Die in Berlin verammelten Vorliegenden der deutschen Landwirtschaftskammern nahmen Stellung zum Regierungsprogramm. Sie begrüßen es, daß die Reichsregierung ihren Vorfchlägen zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Gelundung der deutschen Wirtschaft die Grundidee vorgelegt hat: „Nicht höhere Steuern, sondern allein Sparmaßnahmen, Entlastung, Wiederherstellung des Vertrauens.“ Sie halten sich aber für verpflichtet, ihrer einmütigen Auffassung dahin Ausdruck zu geben, daß auf den im Regierungsprogramm vorgegebenen Wegen allein das erstrebte Ziel nicht zu erreichen sei. Insbesondere wäre eine wesentliche Herabsetzung der gesamten öffentlichen Lasten über das vorgesehene Maß hinaus notwendig.

Die Entschließung richtet sich jedoch gegen den Youngplan. Ferner wird von neuem eine grundlegende Aenderung der deutschen Handelspolitik unter Aufgabe der bisherigen Handhabung der Reichsbegünstigungslaufel gefordert. Als weitere dringlich notwendige Maßnahmen werden der Beilmühungsangrang für Roggen, eine Neuregelung der Einfuhrzölle und geeignete Vorkeregungen gegen die Schleudereinfuhr von Erzeugnissen der russischen Land- und Forstwirtschaft beizugleitet und die angeknüpfte Erhöhung des Brennereies bei möglichst hohem Beilmühungsangrang für Treibstoffe begrüßt.

Das Ostfließgesetz soll auf die gesamten deutschen Ostgrenzen unter Sicherung der Führung des Reiches erweitert werden. Kritik wird geleist auf dem Steuerreformprogramm der Reichsregierung. Insbesondere wandte sich die Versammlung gegen die Schaffung einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer und gegen den vorerlebten sechsjährigen Hauptfällungszeitraum.

Selbstkosten- und Absatzdifferenzen.

Trevarius über Landwirtschaftsnot.

Osnabrück, 8. November.

Auf der großen Herbstversammlung der Kreisbauernschaft in Osnabrück sprach auch Reichsminister Trevarius über die Frage: „Was erwartet die Landwirtschaft vom neuen Reichstag?“ Der Redner bezeichnete das Mißverhältnis zwischen Selbstkosten und Absatzpreisen als den Lebensfaden, der die Not der deutschen Landwirtschaft herbeigeführt habe. Die Verpflichtung zur Selbsthilfe müsse immer wieder in den Vordergrund gerückt werden.

Die Frage, ob der Staat das lenige getan habe zum Ausgleich der von der Gesamtheit des Volkes getragenen Steuerlasten, verneinte der Minister.

Man müsse fordern, daß vom neuen Reichstag demnachsteinst Finanzausgleich geschaffen werde, der nicht den Ländern die Verpflichtung auflege, hier Wandel zu schaffen. Die Senkung der Realsteuern und des zehnprozentigen Abzuges bei der Grundvermögensteuer bedeute erst den Anfang dieser Bestrebungen. Die schmaletheilige Annäherung der Gelehe auf dem Gebiete der Sozialversicherung habe das Land viel mehr belastet, als die Stadt. Die Frage des Zinsdienstes hänge von der Kreditwürdigkeit der deutschen Landwirtschaft ab.

Es sei nicht Schuld der Regierung, wenn nicht alle Forderungen der Grünen Front bezüglich der Preisbildung erfüllt werden, sondern dies habe an den wirtschaflichen Bestimmungen gelegen.

Bezüglich der Schmeinehaltung kam Trevarius zu dem Ergebnis, daß angeichts der Verhältnisse auf dem Weltmarkt die Regierung nur bescheidene Möglichkeiten habe, die Dinge zu meistern. Ausserordentlich behaltet ist auch der Zuckermarkt. Hier sei eine Korrektur der jetzigen Verhältnisse und die Hebung der Zuckerrenten notwendig. Der Redner richtete zum Schluß einen Appell an die Hausfrauen, deutsche Waren zu kaufen.

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Siegevald über Deutschlands Lebensfrage.

Berlin, 9. November.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Zentrumspartei sprach Reichsarbeitsminister Dr. Siegevald über die Arbeitslosenfrage. Er führte u. a. aus: Die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sind klar erkennbar. Die Erzeugungskapazität ist in den abendwärts Jahrzehnten sehr viel stärker gewachsen, als der Verbrauch zu folgen vermocht hat.

In der Weltwirtschaft spielt sich gegenwärtig eine ungeheure Revolution ab.

Rußland und große Teile des Fernen Ostens mit zusammen 600 bis 700 Millionen Einwohnern befinden sich in ständigen politischen Gärungen. In Asien wohnt allein rund die Hälfte der Bevölkerung der Welt. Dieses gewaltige Absatzgebiet befindet sich durch die politischen Gärungen in ständiger wirtschaftlicher Stagnation.

Früher war Europa wirtschaftlicher Mittelpunkt, heute ist es weifien Amerika.

Krieg und Reparationsregelung haben bewirkt, daß ein Land in Geld schwimmt und das andere mit Kapitalknappheit zu kämpfen hat. Die Arbeitslosenfrage in Verbindung mit der Reparationsfrage hat Deutschlands Finanzen nahezu an den Abgrund gebracht. Die Steuerquellen sind so gut wie reiflos erschöpft. Die Arbeitslosenfrage berührt auch in einer anderen Hinsicht den Lebensnerv des deutschen Volkes. Wenn dieser Nerv noch zu den festigsten Bändern der Welt, wenn dieser Nerv durch langandauernde Massenarbeitslosigkeit von der Jugend angegriffen wird, dann bedeutet dies den Anfang zum Ende des deutschen Volkes in der Welt. Wir müssen alles aufbieten, was menschenmöglich ist, um der Arbeitslosigkeit beizukommen. Das ist Kern und Sinn des Sanierungsprogramms der Reichsregierung.

Wenn die Gelamsanierung von Staat und Wirtschaft in Deutschland gelingt, wenn in absehbarer Zeit wieder eine Million Arbeitslose mehr in den Produktionsprozess einatzelert werden können, dann ist das die größte

lokale Tat, die gegenwärtig die Regierung zu vollbringen in der Lage ist.
Im ganzen ist die Generalaufgabe, vor der wir stehen, die Wiederherstellung des Vertrauens zu Staat und Wirtschaft und in Staat und Wirtschaft in Deutschland und in der Welt. Diese Generalaufgabe zerfällt u. a. in folgende Einzelaufgaben:
Anbahnung der gemeinsamen Finanzen der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Gemeinden; vernünftige wirtschaftliche Regelung der Reparationsfrage, Rentabefreiung der Landwirtschaft; Senkung der Getreidepreise in der deutschen Wirtschaft; Arbeitsbeschaffung, evtl. vorübergehende Arbeitslosen und Fürsorge für die Alten; die arbeiten wollen und nicht arbeiten können.

Preisfestsetzung für Lebensmittel.

Die Städteverleiher beim Ernährungsminister.
Berlin, 9. November.
Reichsernährungsminister Dr. h. c. Schiele empfing den Präsidenten des Deutschen Städtetages, M u l e r i, sowie die Oberbürgermeister B e n a u e r, K ö n i g, L i n d e r, D r e s d e n, B r a u e r, W i t t n a, L ö h m e y e r, K ö n i g s b e r g, B a u e r, M i n n e b e r g, S c h a r n g l, W i n d e n, um mit ihnen die geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisfestsetzung für Lebensmittel zu besprechen.
Unter Hinweis auf die allgemeine Wirtschaftslage und die zurzeit bestehenden, zum Teil noch überhöhten Preisen zwischen Erzeuger und Verbraucherpreis richtete der Minister an die Vertreter des Städtetages die Bitte, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Bestrebungen der Reichsregierung auf Preisfestsetzung zu unterstützen. Nur durch ein gemeinsames und planmäßiges Vorgehen im ganzen Reich könne das angestrebte Ziel erreicht werden.
Die Vertreter des Städtetages betonten ihrerseits, daß auch sie eine teilweise erhebliche Senkung der Handelspreisen bei Lebensmitteln, insbesondere bei Brot, Fleisch und Kartoffeln, für möglich hielten. Eine derartige Preisfestsetzung ließe sich aber nur durch ein gemeinsames und planmäßiges Vorgehen im ganzen Reich erreichen, indem auch im Interesse der großen Anzahl von Erwerbslosen, die auf eine Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter angewiesen seien.

Der Schiedsspruch in der Metallindustrie

Die Begründung.
Die Berliner Metallindustrie befindet sich, ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft, in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland auf drei Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Daß diese Krise auch weltwirtschaftlichen Charakter hat, bezeugt das deutsche Volk nicht von der Waise, als seine Kräfte dafür eingesehen, daß die Not nicht leicht, und alles zu tun, was eine Besserung erwarten läßt.
Dazu bedarf es wirksamer Preisfestsetzungen auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Wohlfeile der Arbeiter zu erwarten sind, so ist es doch ein wichtiger Bestandteil der Gesamtlösung, daß an ihnen nicht vorbeigegangen werden kann.
Von einer Lohnsenkung kann allerdings die wünschenswerte Besserung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gekürzt wird.

Auf schwankendem Grund.

Roman von S. M. I.
68. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Er lagte du auf einmal, obwohl sie sich bisher noch immer Sie genannt, und er legte dem Namen, dem er gut war wie einem Sohn und den er schätzte wie einen Freund, die Sand auf die Schulter.
„Die Fränze hat mir gesagt, was sich zwischen euch zugehört hat. Sie hat mir auch zugeschworen, daß du noch nie einen Roman gehabt hast, ihr zu misstrauen. So alt sie ist, gelogen hat sie noch nie. Das hab' ich dir sagen wollen.“
Und eins noch hab' ich dir noch sagen wollen, Ernst: mach' mir mein Kind nicht unglücklich und mach' dich selbst nicht unglücklich.“
Ziel hat der Welt der Jüngeren in die Augen hinein. Die lagen weit im Kopf zurückgelassen, als hätten schwere Kräfte die ganze Nacht darauf gedrückt.
„Ich muß fort. Gib mir die Hand, Ernst, und denk' an das, was ich dir gesagt habe.“
Der Kopf laut sein Wort. Die Brust hernieder, über seine Lippen kam kein Wort. Die hohen Augen starrten dem Fortgehenden nach.
So alt sie ist, gelogen hat sie noch nie. Ihrem Vater hatte sie's zugeschworen.
Und der Blick, der zu dem anderen hingelungen war. — Und die Bewegung, die zu ihm hingelungen war.
So alt sie ist, gelogen hat sie noch nie.
Nur den eideckten Arbeitsstift, darauf seine Wägen und die Zeichenbreiter lagen, hatte Ernst Janen die Arme geworfen und den Kopf hernieder gedrückt. So sah er und räufte sich nicht.
Eine Stunde später ging er zum Bau.
XV.
In der baulicheren Wohnung schlieferten in der Küche die beiden Mädchen und gingen auf Zehenspitzen

wird. Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zur Entlohnung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden könnte. Die Berücksichtigung dieses bedeutsamen Gesichtspunktes an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung.
Wemgleichwohl die Schlichter im vorliegenden Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedsspruch für unvermeidlich hielten, so gelang es in Kenntnis gewisser bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise, der gewöhnlichen Produkte wie auch der Lebensmittel, von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. Dementsprechend ist darauf an, daß diese Preisfestsetzung bis zum letzten Konsumanten durchzieht. In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, daß eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt sei und weitere Senkung bevorstehe.
Was das Ausmaß der Lohnsenkung anbelangt, so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auszuwirken beginnt und daß der Arbeiterlohn jetzt gelassen werden muß, um sich auf die Lohnsenkung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abwägung haben sich die Schlichter einverstanden erklärt und den ersten Schiedsspruch zu eigen gemacht.
Die Schlichter sind sich bemüht, daß ihr Schiedsspruch eine über die Belegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedsspruches schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der baregelten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

Der Genier „Abrüstungs“-Ausschuß

Deutschland lehnt grundsätzlic ab.
Genf, 8. November.
Der Abrüstungsausschuß hat die artifizelle Belug der noch offenbleibenden Punkte des Abkommensentwurfes beanstanden. An den Verhandlungen nahm auch der finnische Außenminister Erik Ruusko teil, der in Begleitung des finnischen Botschafters in Genf eintraf. Der Beginn der Verhandlungen befristete sofort, daß der Ausschuß die bereits im französischen Sinne getroffenen Hauptbestimmungen der Vandalabrüstung, vor allem die Frage der militärisch ausgebildeten Reservisten, als endgültig geregelt ansehe.
Graf Bernstorff gab jedoch eine grundsätzliche Erklärung ab, nach der die deutsche Regierung den entsprechenden gemeinsamen Artikel des Abkommens, der lediglich von einer Begrenzung der aktiven Truppenbestände sowie der militärisch organisierten Formationen spricht, ablehnt. Die deutsche Abordnung verzichte darauf, in Zukunft bei jedem einzelnen Punkte dagegen zu stimmen und erkläre hiermit ihre gesamte ablehnende Haltung zu dieser Art der Regelung der Vandalabrüstungsfragen.
Es entspann sich jedoch ein Ausbruch eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Seemanns England, Amerika, Japan und auch Italien auf der einen Seite und den Landmächten unter Führung Frankreichs auf der anderen Seite über die Erfassung der Personalbestände. Der Abkommensentwurf sieht für die Landtruppen die Festsetzung einer Höchstzahl für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften vor.
Die englische Regierung beantragte nun, daß die Seemächte das Recht erhalten, lediglich eine Gesamtzahl ihres flottenpersonals ohne Eingangsbeschränkung anzugeben, während die Landmächte eingeworfen werden sollten, ihre Personalbestände nach Dienstgraden festzusetzen. Der sowjetrussische Außenminister Litwinow beströmte jedoch das den englischen Vorschlag. Es wurde beschlossen, daß diejenigen Mächte, die an dem höchst bevorzugten englischen Antrag interessiert seien, versuchen könnten, ihn zu verwirklichen.

Die ausgebildeten Reservisten.

Der deutsche Antrag in Genf niedergestimmt.
Genf, 9. November.
Im Genier Vorbereitenden Abrüstungsausschuß ist die Entscheidung über die seit Jahren von Deutschland geforderte Verminderung der ausgebildeten Reservisten als der entscheidende Kriegesfaktor endgültig gefallen. Nach längerer bewegter Aussprache wurde der deutsche Antrag an Genf mit der Mehrheit der ausgebildeten Reservisten durch Erhaltung der jährlichen Rekrutenkontingente und Herabsetzung der aktiven und Rekrutenkontingente vom Ausschuß mit zwölf gegen

zehn Stimmen bei vierzehn Enthaltungen abgelehnt.
Für den deutschen Antrag stimmten: Holland, Schweden, Norwegen, China, Sowjetrußland, Deutschland, gegen den deutschen Antrag stimmten: u. a. die Türkei, Frankreich, Polen, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Italien, Belgien und Japan.
Der englische, der französische und der amerikanische Vertreter entzogen sich bei der Abstimmung der Stimme.
Die von der deutschen Regierung auf der gegenwärtigen Tagung des Abrüstungsausschusses verfolgte Politik wurde durch die Klärung der künftigen Sachlage durch die in einer entscheidenden Frage der Abrüstung eine eindeutige Klarstellung erhalten.
Graf Bernstorff erklärt:
Der Vertreter der deutschen Regierung im Abrüstungsausschuß, Graf Bernstorff, gab nach Beendigung des abschließenden Abstimmungsergebnisses über den deutschen Antrag eine kurze Erklärung ab, nach der er an der weiteren Abstimmung über die vorliegenden Punkte kein besonderes Interesse mehr habe, da das Kernstück des deutschen Antrages über die Herabsetzung der ausgebildeten Reservisten gefallen sei.
In der der Abstimmung vorausgehenden Aussprache betonte der französische Vertreter, daß der deutsche Antrag unannehmbar sei, da jegliche Art der Einschränkung der allgemeinen Militärdienstpflicht, der sich jeder Staatsbürger zu unterziehen habe, aus politischen und sozialen Gründen nicht in Frage kommen könne. Großbritannien legte dem deutschen Antrag keine entscheidende Bedeutung bei. Der japanische Vertreter trat für Herabsetzung der Militärdienstpflicht ein, lehnte aber die Verminderung der Rekruten ab. Litwinow-Rußland unterließ, daß das System der ausgebildeten Reservisten die Mobilisierung des ganzen Volkes ermögliche. Er forderte Annahme des Antrages.
Der holländische Vertreter stellte fest, daß die allgemeine Dienstpflicht für den Gedanken der Abrüstung von vernichtender Wirkung sei. Zum Schluß erklärte

Einsetzliche Wiedergabe.

In deutschen Kreisen ist in diesen Tagen von neuem die Erwähnung gemacht worden, daß die Erklärungen des Grafen Bernstorff im Abrüstungsausschuß in den offiziellen Sitzungsprotokollen des Völkerverbandssekretariats in einer weitgehend entstellten und die tatsächlichen Erklärungen keineswegs entsprechenden Weise wiedergegeben worden sind.
Damit ist die Gefahr gegeben, daß in den gedruckten Dokumenten des Völkerverbandssekretariats, die sämtlichen Abklärungen zugehen, die Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage in einer falschen, die Interessen Deutschlands schädigenden Weise wiedergegeben wird. Es besteht die Gefahr von neuem, daß das Völkerverbandssekretariat und die in ihm befindlichen Interessierten arbeitende Informationsabteilung Methoson anwenden, die zum mindesten nicht als korrekt angesehen werden können.
Die von diesen Seiten seit langem geforderte eingehende Berücksichtigung der Personalfragen des Völkerverbandssekretariats durch die deutsche Regierung findet damit eine neue Beleuchtung.

Vor Neuwahlen in Thüringen.

Um die Auflösung des Landtags.
Weimar, 8. November.
Der Thüringer Landtag beriet den Aufstellungsantrag der Kommunisten, das Vertrauensvotum der Nationalsozialisten für die Gesamtregierung und eine Große Anfrage der Sozialdemokraten, die auf Ausföhrungen der nationalsozialistischen Regierungsmitglieder Dr. Fridt und Marschler während des fächlichen Wahlkampfes zurückgeht. Die Sozialdemokraten wollten wissen, ob Minister Fridt und Staatsrat Marschler bei der Gründung dieser Maßnahmen die Meinung der Landesregierung zum Ausdruck gebracht hätten. Staatsminister Baum erwiderte, daß diese beiden Kabinettsmitglieder im Wahlkampf nicht als Mitglieder der

„Wann wird die Wechsel fällt und wie hoch ist die Summe?“ fragte sie. Ihre Stimme klang ganz heiser. In ihren Augen stand Trübsal. Hatte er dem Vater damit gedroht? Würde er so sich rächen wollen? So heimlich, so niedrig? Ihr vielleicht nicht zeigen wollen: Du hast mich ganz recht taxiert. Nun nimm den Beweis dafür, wie ich bin.
„Sag' mir doch alles, Vater. Ich habe doch jetzt ein Anrecht darauf, alles zu wissen.“ Und auch — du — meinen Dank. Auf — meinen Dank — du — auf —
Mit wüchsigem Druck hatten sich seine Hände auf ihre Schultern herniedergelent. Sein Atem schlug in heißer Welle über sie hin, mit stechendem Wind sah er ihr in die Augen und biblisch schweberte er sie von sich wie einen leblosen Gegenstand, sah mit glimmenden Augen zu, wie der Stolz sie zur Wand hinübertrieb, wie sie gegen das dort stehende Möbel anschlag und zu Boden fiel.
Ihr Unlichtfaden mit blinden Augen, ihr schweres, taumelndes Schwiederaufrichten sah er nicht mehr. Die Tür war hinter ihm so gewaltig ins Schloß gefallen, daß von der Stubeherab das Zirrusausfließen hördelnd die Stöße fielen. Nach eine andere Tür wurde mit gleichem trachendem Getöse zugehauen, dann war es still.
Auf einem Schmelz taufte Erbit. Sie war noch immer wie geblendet. Ein dumpfes Brausen war in ihrem Kopf und an einer Stelle im Hirn ein stehendes Brennen, als schneide ein Messer hinein. Ihre Hand hob sich mit lüchlerndem Widerstand empor, glitt über die brennende Stelle, glitt wieder herab, mühsam stand sie auf und durch den matten Lichtschein, der sich wieder vor ihr zu breiten begann, tastete sie sich zur Tür auf den Korridor hinaus.
„Aber, anständiges Fräulein, bluten ja,“ rief entsetzt das Mädchen, das sich nahe der Tür an der Gaslampe zu schaffen machte.
(Fortsetzung folgt.)

durch den Korridor, teils aus Rücksicht auf die gnädige Frau, die im Bette lag und behauptete krank zu sein, teils aus Respekt, um etwas von dem zu erfahren, was im Wohnzimmer zwischen Vater und Tochter verhandelt wurde. Daß irgend etwas ganz besonderes geschehen war, lag auf der Hand. Gellert hatte es eine Szene gegeben, heute morgen hatte das Fräulein ausgelesen, als wäre es über Nacht zehn Jahre älter geworden. Die Gnädige hatte sich nicht aus dem Bette gerührt, der Herr war über Mittag fortgegangen, und wie er jetzt gegen Abend nach Hause kam, hatte er barock befohlen:
„Meine Tochter soll kommen.“
Wied und still trat Erbit ein, machte ein paar Schritte gegen die Zimmermitte vor und blieb dann warten. Nach fünf Minuten wartete ein paar Sekunden, bevor er sprach, und blies die Stofen an. Ein schwermütiges lag über ihr, doch nichts Zerbrochenes. Im Gegenteil, man sah ihr an, daß sie in ihren Entschlüssen den festen Punkt gefunden hatte: sie für sich den festen Punkt und er unter sich den schwankenden Grund. Das war ihm vollends klar geworden, als er vor Stundenfrist Felix Rabanus gegenüberstand und mit seinem Bemühen, doch noch wenigstens für sich zu retten, was zu retten war, hatte wieder absichtlich mit einem abgemieteten Mittelteil. Die Erinnerung daran war ihm, daß er sich nicht würde, daß seine Fäden an der Spitze zerrten, wie er langsam vor die Tochter hintrat. —
„Nun — — geht's dir gut?“
Sie zuckte zusammen, sah ihn schau an. Das war ja Feindlichkeit, lang wie Sab.
„Nun geht es auch gut und er trägt dir nichts nach. Er ist fertig mit der Geschichte, fix und fertig, als wär's niemals gewesen.“
Das hatte getroffen. Die Schultern sanken ihr ein. „Du wartest bei ihm, Vater?“ fragte sie kaum hörbar. „Jawohl, ich hab' ihm die Wichtigkeit gemacht und mir die Versicherung geholt, daß der Rest unserer Verbindung rein geschäftlich ist — falls dein Auffallungsmerkmale begreift, was bei Wählern, für die einer keine Redung hat, das „rein Geschäftliche“ besagt.“

Berlin. Wieder FD. Zug 16/15 Berlin-Röln und zurück. Der mit Beginn des Winterfahrplanes ausgefallene FD. Zug 16/15, Schlafwagenzug Berlin-Röln und zurück, soll am 10. 11. dieses Jahres bis auf weiteres wieder täglich verkehren. Erstmals fährt der Zug am 10. 11. in Berlin ab als FD. Zug 16, Rückfahrt am 11. 11. von Röln als FD. Zug 15.

Kuovigisliit. 12 schwere Einbruchsdiebstähle aufgeklärt. Der hiesigen Polizei ist es in Verbindung mit der Gendarmrie gelungen, 14 schwere Einbrüche, die in der letzten Zeit verübt wurden, aufzuklären. Der Dachbeder Willi Siggel, der Arbeitssaurische Emil Siggel und der Maurer Arnold Rehsberg hatten sich zu einer Bande zusammengeschlossen, die zum Schwenden der Einwohnergüter wurde. Der Haupttäter war der Dachbeder. Er wurde bei einem Einbruch in der Schloßstraße überraucht und verhaftet. Der Haupttäter hat jetzt vor der Staatsanwaltschaft in Schwerin ein Geständnis abgelegt und 14 Einbruchsdiebstähle eingestanden.

Stettin. Das Hochwasser am Unterlauf der Oder. Die Hochwasserwelle scheint bereits ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Am Unterlauf der Oder ist bisher keine ernstliche Gefahr eingetreten. Nur die Straße von Greifenhagen nach Mescherin steht unter Wasser und ist unbesfahrbar geworden. Der Wasserstand reicht in Garz bis an den Rand des Bollwerks. Wie die Stettiner Wasserbaudirektion berichtet, halten die Deiche und Bollwerke dicht, so daß ein Ueberschwemmen größerer Gebiete höchst unwahrscheinlich ist.

Silben. Schwere Messerstecherei in einer nationalsozialistischen Versammlung. Während einer nationalsozialistischen Versammlung in einer Wirtschaft in Silben, zu der auch die Kommunisten zugelassen waren, kam es zeitweise zu erregten Szenen, die ihren Höhepunkt am Schluß der Versammlung erreichten. Die Kommunisten verließen unter Rot-Front-Rufen das Lokal. Am Ru entstand ein großer Tumult. Obwohl sofort Polizei

eingriff, war es einigen Teilnehmern gelungen, mit dem Messer auf die Gegner einzutreten. Fünf Personen wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Waldenburg. Zwei Bergleute in Waldenburg verhaftet. Der 33jährige Sauer Kubitzki und der 23jährige Sauer Wenzler, beide aus Waldenburg-Mittelsauer, wurden in der Nachschicht im Untertagebetrieb des Julius-Schachtles verhaftet. Erst im Laufe des Nachmittags gelang es, die Leichter zu bergen. Der gleichfalls mit verhaftete Lehrauer Heimann konnte bald mit leichten Verletzungen gerettet werden.

Krefeld. Wächtermord in Krefeld. Ein Wächter der Wad- und Schließgesellschaft wurde auf der Dürenstraße erschossen aufgefunden. Die Mordkommission stellte fest, daß der Wächter auf offener Straße durch Herzschuß getötet worden ist. Ueber den Täter selbst fehlen jede Angaben.

Inventar-Auktion

Donnerstag, den 13. November, vormittags 9 Uhr findet die

öffentliche Versteigerung

vom
lebenden und toten Inventar sowie Ernte

Mohlfeldschen Gute in Meuro

statt. Zur Versteigerung kommen
4 Pferde, 2 Fohlen, 7 Kühe, teils tragend, teils frisch melkend, 7 Schweine, sämtliche landwirtschaftliche Maschinen in gutem brauchbaren Zustande, 3 Wagen, 1 Eilenburger, 1 Handwagen, Pflüge, Eggen, Walzen sowie kleine Ackergeräte. Ferner

Heu, Stroh, Rüben Kartoffeln etc.
Kauflustige werden hierzu eingeladen

Der Besitzer

Rüchekanten

empfehl. in reicher Auswahl
Richard Arnold

Seeftische wieder billiger!
Dienstag früh eintreffend
frischen Schellfisch
frischer Goldbarsch
Fischfilet

empfehl. Paul Mierzichte
Kaufe laufend

Milch- und
Schlachtziegen
Offerten unter Nr. 1075 an die
Geschäftskelle d. Ztg. erbeten.

Achtung! Morgen Dienstag früh eintreffend
frischer Schellfisch - Fischfilet
gr. Seringe
Fischmarinaden
sowie Ränderwaren
empfehl. Fr. Emma Reinecke

Eine schöne
Futterfärse
verkauft Richard Müller

Prima frisches
Rind- und
Schmellfleisch
frische Flecke
empfehl. Rich. Krausemann Nachf.
Inhaber Heinrich Schneider

Prima frisches
Schmellfleisch
empfehl. Ewald Ballmann
Jeden Dienstag ab 7 Uhr
frischen Speckfuchen
Bäckerei Bernot,
Wittenberger Straße

Alle Sorten Felle
tauft Friedrich Kunert, Töpferstraße 4

Geschäftsübernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß wir das Grundstück **Markt 3** mit dem darin befindlichen

Endengeschäft, Buchbinderei und Druckerei-Einrichtung

des Herrn **Otto Wächter** käuflich erworben haben und dasselbe bis auf weiteres in unveränderter Weise weiterführen. Es wird auch hier unser Bestreben sein, die uns besprechende Kundschaft durch zuvorkommende Bedienung, gute Waren und niedrig gehaltene Preise zu zufrieden zu stellen und bitten um gütige Unterstützung.

Gleichzeitig teilen wir noch mit, daß auch unser Geschäft in der Leipziger Straße 64/65 unverändert weiter bestehen bleibt. Wir danken bei dieser Gelegenheit insbesondere für das uns bisher entgegengebrachte Vertrauen und bitten, uns dasselbe auch weiterhin zu bewahren.

Hochachtungsvoll

Richard Arnold und Frau

Hotel „Blauer Recht“ zu Kemberg.

Mittwoch, den 12. November 1930, abends 8¹⁵ Uhr

Gastspiel des Stadttheaters Wittenberg

Neue Direktion: Hoje van Walten.

Erstaufführung! Ueber 500 Aufführungen!

Der große Erfolg in Berlin! **Uschi**

Moderne Operette in 3 Akten von Leo Sauter und Alfred Möller.

Musik von Jean Gilbert.

Uschi: Mizzi Durst — Lolott: Annemarie Dentschel

Fritz-Georg Meßmer, Dresden als Gast

Erstbesetzung: Ivo Weder — Minipopolos: Hans Kiefler

Der bekannte Hauptdarsteller: „Liebling, Du bist mich in Stimmung gebracht!“

Musikalische Leitung: W. Oldenheimer mit 20 Mann Orchester

Preise der Plätze: 1,50, 1,— und 0,60 RM.

Vorverkauf: Buchdruckerei Richard Arnold

Es wird höflich gebeten, Karten schon im Vorverkauf zu entnehmen!

Reise-Koffer

in verschiedenen Größen und Ausführungen

Richard Arnold, Leipziger Straße

Eine Wohnung zu vermieten Burgstraße 36

Tannengrün verkauft Ernst Reinecke, Wittenbergerstr. 47

Bestellungen auf Drehtisch nehme ich schon jetzt entgegen

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund deutsch. Kriegsteilnehmer E. V.

Ortsgruppe Kemberg. Morgen Dienstag abend 1/9 Uhr im Bürgeraal

Bersammlung Erscheinen aller Kameraden erbitet Der Vorstand.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu ihrer Vermählung danken herzlichst

Richard Meyer u. Frau
Hedwig geb. Liebmann.

Reuden/Lubast, im November 1930.

Nach langjähriger internistischer und röntgendiagnostischer Ausbildung an der I. internen Abteilung des städt. Krankenhauses Berlin-Neukölln (Dir.: Prof. Dr. Ehrmann), zuletzt Leiter einer Spezialstation für Magen-, Darm- und Stoffwechsel-Krankheiten habe ich mich in

Wittenberg, Juristenstraße 2 (im Stadtparkgebäude) als

Facharzt f. innere Krankheiten Röntgendiagn. Institut

niedergelassen.

Dr. med. Herm. Metzger.

Zu allen Ersatzkassen zugelassen. Sprechstunden 9—10, 4—6 Uhr. Telefon 3335.

Billige Konfektions-Woche

von Dienstag, den 11. November bis Montag, den 17. November.

Meine Schaufenster

zeigen Ihnen, was ich während dieser billigen Konfektions-Woche besonders anzubieten habe.

Damen-Mäntel in jugendlichen Größen

Damen-Kleider aus farbigen Wollstoffen

Herren-Ulster aus haltbaren Mantelstoffen

Herren - Anzüge und Knaben - Anzüge

und zwar alles in billigeren Preislagen.

Wohl in vielen Familien ist mit Eintritt der kälteren Witterung Bedarf an diesen Bekleidungsstücken. Um auch schon für wenig Geld die Anschaffung der benötigten Kleidung zu ermöglichen, habe ich für vorstehende Artikel die Preise so niedrig gestellt, wie Sie dies aus meinen Schaufenster-Auslagen ersuchen können. Von der Güte der Waren müssen Sie sich aber selbst überzeugen; ich lege Ihnen das Gewünschte dann gern ohne Kauzwang vor.

Gleichzeitig mache ich noch auf mein gutsortiertes Lager in Fertigung für Kinder, Damen und Herren auch in den besseren Preislagen aufmerksam.

Wilhelm Weydanz.

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Musiziertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 Mk. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 Mk., in den Landorten 1,40 Mk., durch die Post 1,45 Mk. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen und verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die beigelappte Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die beigelappte Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unentgeltlich (Schreibener oder durch Ferngespräch aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen). / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laufend, zusätzlich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 132

Dienstag, den 11. November 1930

32. Jahrg.

Die Aufgaben der Außenpolitik.

Die deutsche Außenpolitik der ersten Nachkriegsjahre mußte darauf gerichtet sein, die Vorschriften des Versailler Vertrages, soweit sie nach bestimmten Fristen erfüllt werden mußten, in ihrer Bedeutung abzuwehren. Das war die Zeit des häufigen Notenwechsels über Abrüstungsfragen, die Zeit der Volksabstimmungen in den östlichen und nördlichen Grenzgebieten. Als man einen gewissen Stand der Stabilität erreicht hatte — das wissen wir noch das Kapitel des Ruhrkrieges —, begann die nächste Aufgabe: die äußere Wiederherstellung der deutschen Großmachtposition. Deutschland war aus dem Völkerbund als ein Staat zweiter Ordnung ausgeschlossen, Deutschland hatte einen fremden Finanzbeobachter im Lande, auf deutschem Gebiet standen fremde Truppen als ein äußeres Symbol für die Verminderung der deutschen Souveränitätsrechte. Am Ende dieses Abschnittes der deutschen Außenpolitik waren alle äußeren Hindernisse für die deutsche Großmachtposition überwunden. Deutschland gehört nicht nur dem Völkerbund an, es hat wie alle anderen Großmächte einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat, das Büro des Reparationsagenten mit seinen Spezialisten für die Deutsche Reichsbahn, für die Reichsbank, für die Zölle und Verbrauchssteuern ist verschwunden, und verschwunden sind auch die letzten Besatzungstruppen aus dem Rheinland.

Man hatte am Schluß dieses Abschnittes der deutschen Außenpolitik zeitweilig bei den Reden, die im Reichstage oder bei den internationalen Zusammenkünften gehalten wurden, das Gefühl, als seien die Ziele der deutschen Außenpolitik nun erreicht und als juche man nach einer Neuorientierung, die neue Ziele hätte aufstellen müssen. Aber die Debatte, die im Inn- und Auslande während der letzten Wochen stattfindet, zeigt, daß diese Ziele sich von selbst ergeben haben und erlangen müßten. Die äußere Sicherung der deutschen Großmachtposition muß jetzt die innere Befestigung dieser Großmachtposition folgen. Seit zwölf Jahren steht jede deutsche Außenpolitik unter der Parole der Revision. Aber diese Parole wurde Mißverständnisse von allen Seiten anerkannt. Erst seit Deutschlands Großmachtposition äußerlich gesichert ist, kann man die lafrelamen Mißverständnisse anerkannte Parole auch öffentlich erwähnen. Aus dem Kreis um Stresemann ist zur Verteidigung der amtlichen deutschen Außenpolitik das Wort gefallen: „Deutschland kann so lange keine selbständige Außenpolitik treiben, wie fremde Truppen auf deutschem Boden stehen.“ Dieses Wort bekräftigt sich jetzt, kaum ein Vierteljahr nach dem Abzug der Besatzungstruppen, durch die Tatsache, daß eine selbständige deutsche Außenpolitik sich auf die Erreichung von drei Zielen einstellt. Diese drei Ziele sind nicht nur in Deutschland genannt worden, sie tauchen nicht weniger deutlich auch in der ausländischen Presse auf. Zunächst wird das Problem der Reparationen, das ja auch nach der Haager Regelung noch belastet ist mit politischen Nachfragen, eine so weitgehende wirtschaftliche Lösung erfahren müssen, daß die Reparationszahlungen eine rein kommerzielle Angelegenheit werden, die nicht mehr ein Hindernis für die privatwirtschaftliche Betätigung ist. Man hat daneben das Ziel, Deutschland atktiv in die Abrüstung der Welt einzuführen, und wenn nicht eine Parität der Abrüstung, so doch eine Angleichung zu erreichen. Und man hat darüber hinaus besonders in der ausländischen Presse sehr deutlich das Ziel einer friedlichen Korrektur der Grenzziehung des Versailler Vertrages genannt.

It dieser neue außenpolitische Abschnitt die logische Fortsetzung der vorangegangenen Kapitel, so gilt für ihn ebenso wie für die Vergangenheit, daß allein eine vorichtig abwägende Taktik Aussicht auf Erfolg hat. Die radikale Parole: Aufrüstung statt Abrüstung zu fordern, würde — um ein Beispiel zu nehmen — Deutschland die Revision des Youngplans verbauen, weil Reparationszahlungen wie Rüstungen schließlich Geldfragen sind. Und diese radikale Parole würde Amerika gegen Deutschland einnehmen, während die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in der Abrüstungsfrage auch in anderer Hinsicht Früchte tragen kann. Der preussische Finanzminister Höpfer-Wischoff hat sich eben in einer Rede für eine aktive Außenpolitik und die Revision des Youngplans eingesetzt, aber er hat vor Deutschland erst seine eigenen Angelegenheiten in Ordnung bringen müssen. Das entspricht dem Grundplatz, daß man eine Konsolidierung der Außenpolitik nur durch einen innerlich konsolidierten Staat erreichen kann, und damit ergibt sich der logische Zusammenhang zwischen der Innenpolitik dieser letzten Wochen und Monate und der Außenpolitik der nächsten Zukunft.

Die Einsparungen für 1930.

Eine Zusammenfassung.

Berlin, 8. November.

Nach langwierigen Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Reichsressorts ist es nunmehr gelungen, eine Einigung über diejenige Einsparungen im Reichshaushalt herbeizuführen, die noch in diesem Etatsjahr zur Durchführung gelangen. Es handelt sich dabei um insgesamt 134 Millionen. Aus der jetzt vorliegenden Zusammenfassung geht hervor, daß der größte Teil der Summe beim Reichsarbeitsministerium eingespart worden ist, und zwar 34,7 Millionen. Es folgt die Allgemeine Finanzverwaltung mit 16 Millionen, das Reichswehrministerium mit 15 Millionen, der Haushalt für Versorgung und Aufgeböhler mit 14 Millionen, der Kriegslastenhaushalt mit 12,7 Millionen, das Reichsfinanzministerium mit 12,2 Millionen. Beim Reichsinnenministerium wurden rund 6 Millionen, beim Reichsverkehrsministerium 5 Millionen, beim Auswärtigen Amt 1,9 Millionen eingespart.

Ueber die Einsparungen im einzelnen ist mitgeteilt,



nur 5 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Im Haushalt für Versorgung und Aufgeböhler waren 63 Millionen für die Kapitalabfindung angefordert worden. Dieser Betrag wurde um 14 Millionen gekürzt. Im Haushalt der Reichsschuld wurde der Betrag von 7 Millionen zur Gewährung von Vorkursrenten um 2,75 Millionen gekürzt. Im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung ist der vorgelegene Betrag von 13 Millionen, der zur Durchführung eines Gelehes über die Abrechnung mit dem Reich und Ländern über die schwebenden Entschädigungs- und Aufwertungsansprüche dienen sollte, statt geliehen. Im Kriegslastenhaushalt wurden bei den angeforderten 53 Millionen für Besatzungs- und Räumungslosten 5 Millionen gekürzt. Die für Frachtenreduzierung zur Durchführung der Osthilfe angeforderten 12 Millionen wurden um 1 Million, die angeforderten 37 Millionen zur Erleichterung formaler Vorkurs um 3 Millionen, die angeforderten 7 Millionen für die Zinsverbilligung um 1 Million gekürzt.

Die Landwirtschaftskammern fordern.

Erweiterung des Osthilfegelehes.

Berlin, 8. November.

Die in Berlin verammelten Vorliegenden der deutschen Landwirtschaftskammern nahmen Stellung zum Regierungsprogramm. Sie begrüßen es, daß die Reichsregierung ihren Vorschlägen zur Sanierung der Reichsfinanzierung und zur Gesundung der deutschen Wirtschaft die Grundidee vorgelegt hat: „Nicht höhere Steuern, sondern allein Sparmaßnahmen, Entlastung, Wiederherstellung des Vertrauens!“ Sie halten sich aber für verpflichtet, ihrer einmütigen Auffassung dahin Ausdruck zu geben, daß auf den im Regierungsprogramm vorgelegenen Wegen allein das erlöschende Ziel nicht zu erreichen sei. Insbesondere wäre eine wesentliche Herabsetzung der gesamten öffentlichen Lasten über das vorgelegene Maß hinaus notwendig.

Die Entschließung richtet sich jedoch gegen den Youngplan. Ferner wird von neuem eine grundlegende Neuordnung der deutschen Handelspolitik unter Aufgabe der bisherigen Handhabung der Meißbegünstigungsklausel gefordert. Als weitere dringlich notwendige Maßnahmen werden der Beihilfungsfrage für Roggen, eine Neuordnung der Einfuhrzölle und geeignete Vorkehrungen gegen die Scheudereinuhr und der russischen Land- und Forstwirtschaft bezogen und die angeforderte Erhöhung des Brennereibes mit möglichst hohem Beihilfungsdruck für Treibstoffe begrüßt.

Das Osthilfegelehe soll auf die gesamten deutschen Ostgrenzen unter Sicherung der Führung des Reiches erweitert werden. Kritik wird geübt an dem Steuerreformprogramm der Reichsregierung. Insbesondere wandte sich die Verammlung gegen die Schaffung einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer und gegen den vorerlebten sechsährigen Hauptertragszeitraum.

Selbstkosten- und Abgabedifferenzen.

Trevarius über Landwirtschaftsnol.

Osnabrück, 8. November.

Auf der großen Herbstversammlung der Kreisbauernschaft in Osnabrück sprach auch Reichsminister Trevarius über die Frage „Was erwartet die Landwirtschaft vom neuen Reichstag?“ Der Redner bezeichnete das Mißverhältnis zwischen Selbstkosten und Abgabepreisen als den Lebensfand, der die Not der deutschen Landwirtschaft herbeigerufen habe. Die Verpflichtung zur Selbsthilfe müsse immer wieder in den Vordergrund gerückt werden.

Die Frage, ob der Staat das letzte getan habe zum Ausgleich der von der Gefamtheit des Volkes getragenen Steuerlasten, verneinte der Minister.

Man müsse fordern, daß vom neuen Reichstag demnächst kein Finanzausgleich geschaffen werde, der nicht den Wänden die Verzichtung auferlege, hier Wandel zu schaffen. Die Senkung der Realsteuern und des zehnpromzentigen Abschlags bei der Grundvermögensteuer bedeute erst den Anfang dieser Bestrebungen. Die schematische Anwendung der Gelehe auf dem Gebiete der Sozialversicherung habe das Land viel mehr belastet, als die Stadt. Die Frage des Zinslendentes hänge von der Kreditwürdigkeit der deutschen Landwirtschaft ab.

Es sei nicht Schuld der Regierung, wenn nicht alle Forderungen der Erünen Front bezüglich der Preisbilligung erfüllt werden, sondern dies habe an den ökonomischen Bestimmungen gelegen.

Bezüglich der Schweinehaltung kam Trevarius zu dem Ergebnis, daß angesichts der Verhältnisse auf dem Weltmarkt die Regierung nur bescheidene Möglichkeiten habe, die Dinge zu meistern. Außerordentlich belastet sei auch der Zuckerrübenmarkt. Hier sei eine Korrektur der jetzigen Verhältnisse und die Hebung der Zuckerrübenkultur notwendig. Der Redner richtete zum Schluß einen Appell an die Hausfrauen, deutsche Waren zu kaufen.

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Siegerwald über Deutschlands Lebensfrage.

Berlin, 9. November.

In einer Vertrauensmännererklärung der Berliner Zentrumsparlei sprach Reichsarbeitsminister Dr. Siegerwald über die Arbeitslosenfrage. Er führte u. a. aus: Die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sind klar erkennbar. Die Erzeugungskapazität ist in den andertsdahl Jahrzehnten sehr viel stärker gemadhen, als der Verbrauch zu folgen vermocht hat.

In der Weltwirtschaftskrise spielt gegenwärtig eine ungeheure Revolution ab.

Aufstand und große Teile des Fernen Ostens mit zusammen 600 bis 700 Millionen Einwohnern befinden sich in häufigen politischen Gärungen. In Asien wohnt allein rund die Hälfte der Bevölkerung der Welt. Dieses enorme Abgabebiet befindet sich durch die politischen Gärungen in ständiger wirtschaftlicher Stagnation.

Früher war Europa wirtschaftlicher Mittelpunkt, heute ist es weithin Amerika.

Krieg und Reparationsregelung haben bewirkt, daß ein Land in Deutschland schwimmt und das andere mit Kapitalmangel zu kämpfen hat. Die Arbeitslosenfrage in Verbindung mit der Reparationsfrage hat Deutschlands Finanzen nahezu an den Abgrund gebracht. Die Steuerquellen sind so gut wie reiflos erschöpft. Die Arbeitslosenfrage berührt auch in einer anderen Hinsicht den Lebensnerv des deutschen Volkes. Bisher zählt die Zahl der Arbeitslosen der Welt. Wenn dieser Fleiß durch langandauernde Massenarbeitslosigkeit von der Jugend aufzuheben wird, dann bedeutet dies den Anfang zum Ende des deutschen Volkes in der Welt. Wir müssen alles aufstellen, was menschenwürdig ist, um der Arbeitslosigkeit beizukommen. Das ist Kern und Sinn des Sanierungsprogramms der Reichsregierung.

Wenn die Gesamtsanierung von Staat und Wirtschaft in Deutschland gelingt, wenn in absehbarer Zeit mehr eine Million Arbeitslose mehr in den Produktionsprozess einanelebert werden können, dann ist das die größte